

Für Kurt Joller
Kynias

1 von 20

st

DISKUSSIONSPAPIER ZU DEN HAUSBESETZUNGEN IN BERLIN FÜR DIE ALTERNATIVE

LISTE

(geschrieben von Volker Haupt (Bereich Instandbesetzung) zwischen den
21.6.81 und 30.6.81)

Inhalt :

Vorbemerkung

Sechs allgemeine Thesen zu den Berliner Hausbesetzungen

Darstellung der bisherigen Geschehnisse und ihre Einschätzung

Die Verhandlungsmodelle

Die bisherige Tätigkeit der AL und die damit verbundenen Probleme

Zukünftige Handlungsmöglichkeiten und Aufgaben

Etwas Selbstkritik

LISTE

Vorbemerkung :

Die meisten von uns werden sich mehr oder minder intensiv mit dem Ablauf und den Problemen der Hausbesetzungen in Berlin beschäftigt haben. Gerade die TAZ hat ja auf diesem Gebiet eine ausführliche Berichterstattung geleistet. Informationen stellen sich in der Regel jedoch lediglich als eine phänomenologische Beschreibung des aktuellen Zustandes dar. Es fehlt eine Gesamtsicht analytischer Qualität über den Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise, Stadtentwicklung und dem konkreten "Gewinninteresse" senats-eigener Sanierungsgesellschaften oder anderer Eigentümer. Es fehlt eine Sichtweise, die die inzwischen schon zu Geschichte geronnenen Geschehnisse als (Transformations -) Prozeß (zwischen zwei unterschiedlichen Qualitäten politischen Widerstandes), und nicht als Aneinanderreihung von Einzelgeschehnissen begreift und diese adäquat dem Kontext des gesamtgesellschaftlichen Geschehens zuordnet. Und nicht zuletzt fehlt auch ein historisches Bewußtsein über die Tradition, in der dieser (unser) Kampf steht.

Die aus dieser Tatsache entspringenden Aufgaben können auch von mir nicht an dieser Stelle geleistet werden. Im Folgenden werde ich mich auf die Darstellung folgender Problemfelder beschränken :

- I. Allgemeine Thesen zu den Hausbesetzungen
- II. Darstellung des bisherigen Ablaufs und seiner vier Phasen
- III. Die bisherige Tätigkeit der AL und damit verbundene Probleme
- IV. Zukünftige Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten

Die von mir benannten Bücher habe ich selbst auch nicht alle gelesen. Eine derartige Literaturliste vereinfacht dem Neuling aber den Einstieg, außerdem kann daran die Kontinuität des Wohnungskampfes festgemacht werden.

I. Allgemeine Thesen zu den Hausbesetzungen

"Wir wohnen nicht, sondern wir werden geparkt"

1 These :

Mietstreiks, Hausbesetzungen u.ä. als Ausdruck städtischer Krise und sozialer Bewegung sind, auch wenn heute erst wieder in der BRD medienaktuell, sowohl ein älteres wie auch ein internationales Phänomen. Schon 1965 gab Mitscherlich seinem Pamphlet über "Die Unwirtlichkeit unserer Städte" den Untertitel : Anstiftung zum Unfrieden.

Das 1978 von Roland Roth u.a. herausgegebene Buch "Stadtkrise und soziale Bewegungen" hebt besonders auf den internationalen Kontext ab. Neben Erklärungsansätzen marxistischer Analyse bietet es Berichte über die städtebaupolitischen Auseinandersetzungen in Italien (am Beispiel Turins), Frankreich (am Beispiel Paris, wo 1972 25 000 Wohnungen leerstanden), Belgien (am Beispiel Brüssels), Großbritannien (dort standen nach offizieller Zählung in den Ballungsgebieten 1971 700 000 Wohnungen leer, ein Grund für das Entstehen der "squatter-Bewegung"), in den USA und Australien. Diese Aufsätze beziehen sich auf das Ende der 60iger und die 70iger Jahre. Wie das Buch von Jürgen Roth: "Z.B. Frankfurt : Zerstörung einer Stadt" sind in der BRD in den 70iger Jahren zahlreiche Arbeiten zu diesem Thema produziert worden. Einer der Hintergründe dafür waren die Hausbesetzungen im Frankfurter Westend vor ca. 10 Jahren. Damals wurden dort 100 besetzte Häuser auf einen Schlag geräumt. Das z.Zt. erscheinende Schrifttum (z.B. "Besetzung" von Ingrid Müller-Münch u.a., beirorore aktuell erschienen ; "Sanierung contra Wohnen" Dreisam Verlag) fällt im Niveau hinter den Stand der letzten Jahre weit zurück.

2 These :

Die Hausbesetzerbewegung bezieht sich wie fast alle aktuellen Bewegungen (z.B. zur Verkehrsberuhigung u.ä.) auf das Feld der gesellschaftlichen Reproduktion, auf die Konsumtionssphäre. (Es wäre ja auch denkbar, daß

Bauarbeiter sich weigern Hauseinrichtungen zu zerschlagen, einer ihrer gesellschaftlich nützlichen Funktion zutiefst widersprechenden Handlung).

Dies hat folgende Ursachen :

a. Im Gegensatz zum Reproduktionsprozeß gibt es im Bereich der Produktion die historisch gewachsenen Interessenvertretungsorganisationen (Gewerkschaften), die in die (deshalb) herrschenden Konfliktlösungsmechanismen relativ stark eingebunden sind. Mindestens aus kapitalismusimmanenter Sicht stellen sich viele Reproduktionsaufgaben als Problem der Arbeitsplatzsicherung. Der Widerspruch zwischen ökonomischer Unsicherheit und Anspruch auf Lebensqualität ist im Produktionsbereich gravierender.

b. Konflikt austragungen im Reproduktionsbereich sind noch wesentlich uneingespielter, weniger abgeschliffen. Deshalb, und weil kleinere Gruppen agieren, die öffentlichkeitswirksam sein wollen und die z.T. ihre individuelle Perspektive und damit ihre ökonomische Abgesichertheit losgelöst von ihren politischen Handlungswesen betrachten können (ein studierender Hausbesetzer bekommt weiterhin Befög), geraten die Formen der Auseinandersetzung häufiger unkonventionell (beschränkte Regelverletzung). Hinzu kommt :

c. Eine Wohnung oder umfassender : ausreichende Wohnungsbedingungen (Wohnumfeld) gehören zu den Grundbedürfnissen des menschlichen Lebens. So ist Wohnung der Behälter unterschiedener Funktionen wie Schlafen, Sexualität, Hygiene u.ä. mehr. Nichtbesitz von Wohnung war immer schon Kriterium für Stigmatisierung.

d. Stadtteil oder Kiez kann in gewisser Hinsicht als Summe von Wohnungen begriffen werden. Sie sind unmittelbares Lebensumfeld. Bei gewaltsamer Veränderung (Verödung) oder Um- bzw. Entfunktionalisierung dieses unmittelbaren Wohnumfeldes springt Notwendigkeit und Möglichkeit des Sichwehrens, des Engagements eher ins Auge.

e. Nichts eignet sich aus Gründen der Legitimität und Funktionalität so gut zur illegalen Aneignung wie leerstehender Wohnraum bei nicht gedecktem Bedarf.

f. Ein Teil der Hausbesetzer ist nicht im Produktions- oder Ausbildungsprozeß integriert und stellt als Subproletariat z.T. "nicht einmal" industrielle Reservearmee dar. Gerade aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft sind diese Menschen einerseits eher zu Regelverstößen bereit, andererseits richten sich diese dann auch "nur" gegen ihre Reproduktionsbedingungen.

Dies hat folgende Konsequenzen :

a. Es entsteht eine Sektoralisierung der politischen Arbeit nach den verschiedenen Reproduktionsbereichen (abseits der Produktion), wodurch die Schwerpunktlegung auf reformistische Teilforderungen ohne Einblick in die Gesamtzusammenhänge zumindestens begünstigt wird.

3 These :

Das Bedürfnis nach ausreichendem Wohnraum hat sich seit der Nachkriegszeit (damals fehlten in der BRD 6 Mill. Wohnungen) qualitativ verändert. Mit dem wachsenden Niveau materiellen Reichtums (Einführung des Begriffs der Lebensqualität, Trend zur Haus- und Teilzeitarbeit) stieg das Bedürfnis nach ausreichendem Raum zur zwangloseren Gestaltung der Freizeit. Für das Phänomen der Hausbesetzungen sind zwei Bedürfnisse relevant :

- Interesse an Wohngemeinschaften (erfordert große Wohnungen)
- Interesse an frühzeitiger Bildung eines eigenen Hausstandes (führt zur Erhöhung der Nachfrage)

Was das Bedürfnis nach großen Wohnungen angeht, so gibt es dafür in Berlin klare Schranken : Nach der 1% - Wohnungstichprobe von 78 vom Bundesstatistikamt beträgt der Anteil von Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern am gesamten Wohnungsbestand in Berlin 18,8% gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 4,6%.

4 These :

Bis auf den prozentual hohen Altbaubestand, welcher schlechtere Wohnqualität bedeutet (55,2% des Gesamtwohnungsbestandes war 1978 in Berlin vor 1948 errichtet worden ; der Bundesdurchschnitt betrug 37,6% nach der 1% - Wohnungstichprobe) und den durchschnittlich weniger großen Wohnungen unterscheidet sich Berlin nicht wesentlich von anderen bundesdeutschen Großstädten. Damit bleibt die Differenz zwischen der qualitativ unterschiedlichen Intensität des Häuserkampfes im Vergleich zur BRD für Berlin allein durch die Wohnungsmarktsituation unerklärt. Dies umso mehr, betrachtet man das durchschnittliche Verhältnis von Person pro m^2 Wohnfläche (welches als höchstes in Europa in Berlin $34,9 m^2$ pro Person beträgt ; 1% - Wohnungstichprobe) und die Berliner Durchschnittsmiete ($4,04 DM$ pro m^2)

Damit kann der oben benannte Unterschied nur durch die besondere Berliner Wohnungsbaupolitik und durch die lokal spezifischen sozio-kulturellen und politischen Verhältnisse erklärt werden.

5 These :

Als einen entscheidenden sozio-kulturellen Aspekt erachte ich die langjährige Arbeit der verschiedenen Mieterinitiativen (s. "Stättbuch), die 79 nicht nur die erste Besetzung von Wohnungen (in SO 36 , ich sehe hier ab vom "Georg v. Rauch Haus" etc.) initiierte, sondern die durch ihre andauernde (z.B. Mieterbeirat Klausener Platz seit 74, Mieterini Hohenstaufenstr. seit 75/76) Aufklärungsarbeit einen entscheidenden Bewußtseinswandel bei der Bevölkerung herbeigeführt haben, der die repressiven Reaktionsmöglichkeiten des Staates zumindestens einschränkte. In gegenseitiger Abhängigkeit und Verstärkung haben dafür die Hausbesetzer die gesamte Mieterbewegung gestärkt und vorangebracht. (s. SPD Forderung nach Beibehaltung der Mietpreisbindung zur letzten Wahl ; vgl. "Zehn Jahre Instandbesetzungsforderung " von Rainer Graff in Arch⁺ Nr.55)

6 These :

Die Misere in den Berliner Altbaugebieten (insbesondere der Wohnungsleerstand) und die schlechte Situation auf dem Wohnungsmarkt überhaupt sei ursächlich hier nur stichpunktartig erklärt. Wer hier nach tieferen Einblicken verlangt, lese bitte selbst nach :

"Das Geschäft mit der Sanierung" Gemeinsame Sondernummer des "Südost-Express" und des "Cuvry-Boten" , erschienen Ende 1980

"Determinanten der Wohnungsbaufinanzierung" IWOS - Berichte zur Stadtforschung, TU - Berlin 1978

"Aspekte der Berliner Wohnungspolitik" IWOS - Berichte zur Stadtforschung, TU - Berlin 1980

Einen ersten Einblick kann auch das letzte AL-Programm, Teil Wohnen/Mieten geben.

Die heutige Krise ist verursacht durch :

- a. Die Konzentration der Bautätigkeit in den 50- und 60iger Jahren auf den Neubau.
- b. Den mangelhaften Einsatz rechtlicher Instrumente (z.B. §31 BtMG ;vgl. "Die neue Wohnungsnot" von R. Petzinger ,VSA Hamburg 81 ,S.124f) durch den Staat, um Hausbesitzer zur Instandhaltung und zur sachgerechten Nutzung ihres Hauses anzuhalten.
- c. Die in den 60iger Jahren praktizierte Kahlschlagsanierung, die wie die sie dann ablösende Entkernung (Abriß der Hinterhäuser) zur Verknappung billigen Wohnraums führte.
- d. Durch den Preisanstieg im Sozialen Wohnungsbau (heutiger Kostenpreis pro $m^2 = 24 \text{ DM}$) , verursacht durch die seit Anfang der siebziger Jahre praktizierte staatliche Zinssubventionierung privater Kredite. (Sowie durch die Unattraktivität des Sozialen Wohnungbaus)
- e. Durch ein katastrophales Subventionsprinzip (ZIP, Lamod) in der Altbausanie-

rung, welches Abriss und Luxusmodernisierung begünstigt (so war das jahrelange Leerstehenlassen von Häusern mit anschließendem Abriss und Neubau finanziell günstiger als Instandsetzung und Vermietung) und enorme (an anderer Stelle dann fehlende) Gelder (zuletzt 180 000 DM pro Wohnung) verschlang.

II. Darstellung des bisherigen Ablaufs und seiner vier Phasen

"Die Änderungen der Berliner Baupolitik, in den Jahren 1975 und 1976 verkündet, "greifen" immer mehr und zeigen erste schöne Erfolge."

(Bausenator a. D. H. Ristock in einem Grußwort zu den Berliner Bauwochen 1980)

Das der bisherige Ablauf der Hausbesetzungen und die gewalttätigen Auseinandersetzungen am besten in vier Phasen zu begreifen ist, ist schon eine These für sich. Die Kriterien für die Unterscheidung der einzelnen Phasen machen sich fest an der Zahl der besetzten Häuser, am Widerstandswillen der Besetzer und dessen Ausdrucksformen und am Zustand und dem Verhalten der unterschiedlichen Fraktionen der Staatsmacht.

Eine Aufteilung in Phasen soll keineswegs den Gesamtzusammenhang willkürlich zerreißen. Sie dient hauptsächlich einem besseren Verständnis der jeweiligen Kräfteverhältnisse. Jede Phase beinhaltet alle Momente des Konflikts, es verlagern sich immer nur die Schwerpunkte.

1 Phase : Der unbemerkte Anfang

In der Tradition sporadischer Besetzungen in Kreuzberg ("Georg v. Rauch Haus", "Weisbecker Haus", Feuerwache Reichenberger Str.) begann im Frühjahr 79 mit der Besetzung einer Fabriketage in der Waldemarstr. fast unbemerkt der Berliner Häuserkampf. Kennzeichnend war das relativ passive Verhalten der Polizei, der Wille zu Verhandlungen bei den Besetzern und das bei der BI 50 36 vorherrschende Bewußtsein, diese beschränkte Regelverletzung primär als

Instrument gegen die staatliche Wohnungspolitik einsetzen zu können. Die nächste Besetzung erfolgte erst Monate später, ebenfalls in SO 36. Bis zum Ende der ersten Phase, dem 12.12.80 gewinnen die Geschehnisse in zweifacher Hinsicht an eigener Dynamik :

- Ab 1.11.80 beschleunigt sich mit der Besetzung der Cuvrystr. 20-23 der Prozeß der Hausbesetzungen immer mehr und greift auch auf andere Stadtteile über (27.11.80 : Wedding ; 4.12.80 : Tiergarten ; 6.12.80 : Neukölln).
- Gleichzeitig nimmt die sicht- und fühlbare und auch die "unsichtbare" Gewalt zu. Schon am 17.6.80 warfen Besetzer im Spandauer Volksblatt dem Staat vor : "Wir werden laufend von Zivilbulln observiert, fotografiert, kontrolliert, verfolgt, verschleppt und geschlagen." Beispielhaft sei hier nur noch die Forderung des CDU Abgeordneten Brinns im August 80 nach einer Sonderkommission des Staatsschutzes gegen Hausbesetzer, die Vorgänge am Oranienplatz und die Verhaftung M. Wetzels (1.5.80) und die militante Abschlusdemonstration (Barrikaden, Plünderungen etc.) der Aktionstage Mitte Oktober 80 benannt.

In diesem Kontext muß die Räumung des Fraenkelufers 48 am 12.12.80 als der "verspätete" Versuch des ohnehin schon unter Druck stehenden Senats verstanden werden, die Verhältnisse in seinem Sinn unter Kontrolle zu bekommen. Mit dem (nicht militärischen) Versagen derartiger Schlußstrichpolitik endete die erste Phase.

2 Phase : Der Beginn der Massenbewegung

Nach den schweren dreitägigen Unruhen entfaltete sich der Häuserkampf am 20.12. öffentlich sichtbar auf der von der AL angemeldeten Demonstration zu einer qualitativ neuen Bewegung. Die Zahl der Demonstrationsteilnehmer zählte ca. 15000.

Der Prozeß der nun sprunghaft zunehmenden Hausbesetzungen findet sein negatives Äquivalent in dem politischen Zusammenbruch der SPD/FDP Regierungsko-

lition. (6.1. : Senatsumbildung wird bekanntgegeben; 7.1. : Lüder tritt zurück; 9.1.:Stobbe stellt neue Senatmannschaft vor ;14.1. : AL stellt Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens; 15.1. : Stobbe tritt zurück; im selben Zeitraum sind etwa zehn Häuser besetzt worden)

Meiner Einschätzung nach führte diese Kulmination politischer Krisenerscheinungen von Seiten der Bewegung zu einer Überschätzung ihres Einflusses im Rahmen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.Die Bewegung hielt zu diesem Zeitpunkt geschlossen an der Vorstellung fest,den Senat zu einer Freilassung der Inhaftierten zwingen zu können. (Parole : "Wir verhandeln nur vollzählig") Dies muß im nachhinein aus heutiger Sicht als unrealistisch bezeichnet werden.

Auch als Vogel am 23.1. zum Regierenden Bürgermeister gewählt wird,ist bis zur Räumung des Fraenkelufers 48,50 und 46 am 24.3. die Situation gekennzeichnet durch eine relativ starke Position der Besetzer (Häufige Auseinandersetzungen,zahlreiche Besetzungen,Großdemonstration mit 10 000 Leuten am 7.2.), die zunehmend eigenständige Politik der Justiz (29.1. Urteil von 14 Monaten ohne Bewährung gegen G. Weitz, Anwendung des § 129) und der Polizei und den Versuchen der Regierung ,gegenüber den verschiedenen Gruppen an Stärke zu gewinnen.Die Räumung des Fraenkelufers ist der in den Augen des Senats "erfolgreiche" Testballon für die Politik der 3. Phase.

3 Phase : Die Desolanz der Bewegung

Diese zweieinhalbmonatige dritte Phase ist gekennzeichnet durch die Spaltung des Überregionalen Besetzerrates (Gründung des Autonomen Häuserrates) und dem Zusammenbruch verschiedener Arbeitszusammenhänge (z.B. Konzept AG) unter dem zunehmenden Druck des Staates und den eigenen Schwierigkeiten untereinander.In dieser Zeit erfolgt nicht nur eine Konkretisierung der Legalisierungsmöglichkeiten,sondern auch deren völliges Scheitern.In enger Beziehung dazu zieht sich die Bewegung geschlossen auf ihren kleinsten gemeinsamen Nenner zurück,die Straße !

Die Schlacht am 26.3.81 zwischen 350 Demonstranten und 600 Polizisten war nicht die einzige Reaktion der nun in Fraktionen zerfallenden Bewegung auf das staatliche Verhalten. Nachdem am 29.3. auf dem Überregionalen Besetzererrat die Meinungsverschiedenheiten deutlich(er) geworden waren, "signalisierten" 25 - 30 Häuser dem Senat gegenüber Verhandlungsbereitschaft. Zum gleichen Zeitpunkt schlug Orłowski das Modell der Treuhandverwaltung vor.

Die Uneinigkeit über den Weg in eine neue Offensive schwächte die Bewegung. Die Anfang April veranstalteten Aktionstage waren kaum öffentlichkeitswirksam. Teile des Besetzerrates verschloßen sich einer Zusammenarbeit mit der AL und anderen Organisationen wie Netzwerk etc. Die dann auch im Zusammenhang mit dem Hungerstreik gegen den Hochsicherheitstrakt zu verstehenden Durchsuchungen von sechs Kreuzberger Häusern (am 7.4. ; Festnahme des gesamten Besetzerates) läßt von Seiten der Besetzer lediglich eine vorher abgelehnte Demonstration nun doch stattfinden (11.4. ca. 20 000 Teilnehmer). Die Durchsuchung von Häusern in der Möckern- und Danckelmannstr., die Verhinderung einer Hausbesetzung in Neukölln und die faktische Räumung des Herrnhuter Wegs 12 am 29.4. führen zu keinen Reaktionen der Besetzer.

Zum gleichen Zeitpunkt aber (26.4.) wird die Legalisierung von 5 besetzten Wohnungen bekannt. Der Berliner Mieterverein, Netzwerk und LBU schlagen (27.4) das Stiftungsmodell vor. Am 28.4. erklärt sich der Besetzererrat unter für den Senat nicht akzeptablen Bedingungen zu Verhandlungen über das Treuhandmodell bereit und am 29.4. meldet Vogel Vertragsmöglichkeiten für 50 bis 70 Häuser an. Im darauffolgenden Monat kam es u.a. mit großer Sicherheit zu intensiven Verhandlungen zwischen dem Vermittlerkreis (Orłowski) und Senatsstellen. So konnte Vogel der CDU bei ihrem Amtsantritt am 11.6. ein fast fertiges, und nicht unterzeichnetes Vertragswerk vorlegen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bewegung aber schon wieder erfolgreich versucht, ihre Einheit auf der Straße zu finden. Mit dem CDU Sieg am 10 Mai (Schwinden jeglicher Verhandlungsperspektive), der Durchsuchung der Adalbertstr.6 und

der Waldemarstr.40 am 12.5. und schließlich mit der Durchsuchung der Bülowstraße 54/55 und der Bedrohung der Goltzstr.30 wuchs das Bedürfnis in und die Notwendigkeit für die Bewegung, sich selbst nicht mehr über die Haltung zu einzelnen Verhandlungsvorschlägen, sondern über den gemeinsamen Widerstand gegen staatliche Macht zu definieren.

4 Phase : Die Berliner Linie der Vernunft wird schwarz

Die vierte Phase ist nur dann sinnvoll von der dritten zu unterscheiden, wenn man darauf abheben will (was durchaus notwendig ist), daß vom jetzigen Erfahrungsstandpunkt aus die Konfrontationslinien in viel eindeutigerer Form vorgezeichnet sind, als noch vor zwei Wochen. Die Schlacht am Winterfeldtplatz am 26 Mai hat nicht deterministisch die Auseinandersetzungen gestern (am 23. Juni) vorgezeichnet. Ausschlaggebend dafür waren vielmehr die immer massiver und provozierender werdenden polizeilichen Einsätze, sowie das nunmehr offensive Vorgehen der Eigentümergesellschaften.

Die vierte Phase begann am 18.6. mit der Durchsuchung von 5 besetzten Häusern mit dem lapidaren Vorwand des Stromklaus. Am 22.6. ließ die Durchsuchung des Kuckucks, der Goltzstr 30 und die Räumung der Mittenwalder 45 kein Zweifel daran, daß der Staat auch nicht vor dem Angriff auf für die Bewegung symbolkräftige Häuser zurückschreckt.

IIa. Verhandlungsmodelle

Obwohl ich den verschiedenen Verhandlungsmodellen als größere Konfliktlösungsmöglichkeit keinerlei Chancen mehr einräume, seien sie trotzdem hier aufgeführt, weil sie u.a. die verschiedenen Interessen und Sichtweisen innerhalb der Linken wiedergeben.

An dieser Stelle sei noch einmal das Problem des mangelhaften Informationsflusses benannt. Weder Konzeptionen, noch Verhandlungen selbst sind frühzeitig und ausführlich genug (als daß die AL damit hätte Politik machen können) bekanntgegeben worden. So kann hier gar nicht alles wiedergegeben werden, was

(vermutlich) an Gesprächen zwischen Vermittlerkreis (Orlowski, Volker Hörtig u.a.) und Senat (welchen Stellen ?), Senat und Bezirksverwaltungen, Besetzern und Eigentümergesellschaften, Eigentümergesellschaften und Zwischenhändlerlern (wie das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt (SPI/AWO) etc. stattgefunden hat. Mir erscheinen aber vier Konzeptionen nennenswert:

1. Die Treuhandgesellschaft

Das Modell der Treuhandgesellschaft wurde von Orlowski entwickelt und Ende März 81 in die Legalisierungsdiskussion eingebracht. (Abdruck in der TAZ v. 30.4.81). Für das öffentliche Recht bedeutet Treuhandgesellschaft "die Wahrnehmung von Verwaltungs- und Leistungsbefugnissen bei beschlagnahmten oder organ- oder herrenlos gewordenen privaten oder öffentlich-rechtlichen Vermögenseinheiten, Unternehmen oder Verbänden kraft Bestellung durch die öffentliche Gewalt." Es geht also darum, daß einer noch zu bildenden Treuhandgesellschaft bestimmte Verfügungsrechte (aber nicht die entscheidenden) von den Eigentümern übertragen werden. Eine Geschäftsführung soll durch verschiedene Prominente der Mieterbewegung gebildet werden; diese vertritt dann die besetzten Häuser gegenüber dem Senat und anderen Institutionen wie Bewag, Gasag etc. Die Selbstverwaltung der Häuser durch die Besetzer bleibt bestehen, zusätzlich sollen Kiezräte (Kiezverbund) gebildet werden. Dieses Modell hat auf einem Besetzerrat einmal eine Mehrheit erhalten, weil von vornherein von der Undurchsetzbarkeit dieses Konzepts (verbunden mit den Forderungen nach Straffreiheit, keine weiteren Durchsuchungen und Räumungen etc) ausgegangen wurde. In der Tat hat es auch schon der alte SPD/FDP Senat abgelehnt, alle, und damit auch die privaten Häuser, in die Treuhandverwaltung zu überführen. (Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Vogel auch schon von der Möglichkeit der Straffreiheit distanziert)

Das in der TAZ abgedruckte Modell ist inzwischen mehrfach überarbeitet worden. So sollte zuletzt die Treuhandgesellschaft als GmbH (mit 50 000 DM Stamm-

einlage) fungieren. Der inzwischen unterschriftsfertig ausgearbeitete Vertrag liegt mir nicht vor.

2. Das Stiftungsmodell

Das Stiftungsmodell (es existiert als Papier nur eine Satzung) ist von Netzwerk, LBU und Mieterverein entwickelt worden. Der Stiftung, in deren Kuratorium wiederum einige Prominente (gedacht war u.a. an O. Schily) sitzen würden, würden die direkten Grundstücksrechte in einer anerkannt, rechtlich verbindlichen Form (Erbpachtvertrag oder Erbbaurechtsvertrag) übertragen. Das Stiftungsmodell wurde von den oben genannten Organisationen von der Häuserbewegung abgehoben entwickelt, und stieß deshalb bei den Besetzern von vornherein auf großes Mißtrauen. Außerdem gingen die Verfasser nicht von der weiteren Besetzung aller damals gekraakten Häuser aus, sondern bezogen in ihr Konzept nur die 50-60 senatseigenen Häuser mit ein. Damit war dieser Vorschlag von Anfang an für die Bewegung inakzeptabel.

In einem weiteren Papier hat der Steuerberater Behrens beide Vorschläge begutachtet. (s. TAZ vom 7.5.81) Behrens argumentiert darin gegen die Treuhandgesellschaft, weil sie s. E. nach rechtlich eine zu labile Form darstellt, die eine weitergehende Lösung immer noch erforderlich machen würde.

3. In der dritten Phase (also ab April 81) hat eine aus Besetzern und aus Mitarbeitern des "Chamissoladens" gebildete Arbeitsgruppe ("Legalize") mit der Gesellschaft Gebäg (Eigentümerin von 11 besetzten Häusern am Chamissoplatz) unabhängig vom Kurs des Berliner Besetzerrates verhandelt. Eine Legalisierung der Wohnverhältnisse wurde angestrebt. Über Form und genaueren Inhalt der Gespräche können jedoch keine Aussagen gemacht werden. Nach der Meldung der TAZ vom 10.6.81 bestehen auch bei diesen Verhandlungen keinerlei Erfolgsaussichten mehr.

4. Ende Mai 81 ist auch das schon häufiger in Erscheinung getretene "Sozialpädagogische Institut der AuD" mit der Möglichkeit von Nutzungsverträgen an

die Besetzer herangetreten. Obwohl diese Nutzungsverträge keinerlei rechtlich verbindlichen Charakter ohne die Prüfung durch den Ombudsman haben, versuchte eine Reihe von Hausbesetzungen durch Abschluß eines derartigen Vertrages sich spätere Zugriffsmöglichkeiten auf ihre Häuser zu sichern. Daraufhin entstand durch den ebenfalls nur spärlichen Informationsfluß innerhalb der Bewegung eine demoralisierende Torschlußpanik.

Abschließend sei die Antwort des Schöneberger Baustadtrats Kunckel auf eine Große Anfrage der SPD BW Fraktion zitiert :

"Über das von Frauengruppen besetzte Haus Potsdamer Str. 139 ist mit dem Sozialpädagogischen Institut Berlin ein Nutzungsvertrag geschlossen worden. Dieser Vertrag tritt in Kraft, wenn der Senator für Bau- und Wohnungswesen zugestimmt hat.

Nutzungsverträge mit Besetzern zu schließen, wäre eine Angelegenheit der Neuen Heimat, die der ausdrücklichen Zustimmung des Senators für Bau- und Wohnungswesen bedürfte.

Voraussetzung wäre mit Sicherheit, daß die Belegung der Wohnungen den geltenden Auslastungsgrundsätzen entspräche und die Versorgung sanierungsbedürftiger Haushalte nicht gefährdet würde."

(Lfd. Nr. 16a , Drucks. Nr. 60 , XI Wahlperiode)

III. Die bisherige Tätigkeit der AL und damit verbundene Probleme

Vorbemerkung :

Der Bereich "Instandbesetzung" der AL ist keine Arbeitsgruppe im herkömmlichen Sinn der AL Arbeitsstrukturen. Vielmehr ist er ein von Sachnotwendigkeiten bedingter Reflex auf die "plötzlich" entstandene Bewegung. Seine Arbeitskapazitäten sind äußerst gering, zumal fast alle seine Mitglieder noch in anderen Zusammenhängen tätig sind. Somit besteht allein in der Arbeitsintensität eine Diskrepanz zwischen Bedeutung der Bewegung und der Bedeutung der AL (sowie ihrem Anspruch der Verankerung in den sozialen Bewegungen) ; d.h. : eine Vermittlung findet nicht adäquat statt.

These :

Die bisherige Tätigkeit der AL bezog sich allein auf Durchführung und Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen sowie der Durchführung von Pressekonferenzen. Darüber hinaus (von einzelner Engagement abgesehen) konnte die AL nur auf parlamentarischer Ebene (u.a. Freilassungsgesetz, aber auch BVV) für die Bewegung initiativ werden. Mit anderen Worten : Eine aktive Bestimmung (oder den Versuch dazu) der durch die Bewegung vermittelten politischen Inhalte, oder eine Bestimmung der Form oben genannter Vermittlung durch die AL hat nicht stattgefunden!

Abgesehen von hier unwesentlichen technischen Gründen hat dies folgende Ursachen :

a. Eine aktive Bestimmung von Inhalten hätte nur über die Formulierung eigener (z.T. vom Konsens der Bewegung) abweichender Auffassungen zu bestimmten Problemfeldern erfolgen können. Dabei wäre es notwendig gewesen, über die in unserem Programm formulierten "Allgemeinplätze" (Legalisierungsforderung für Instandbesetzer) hinauszukommen. In folgenden Punkten :

- einer Zielvorstellung der AL
- eine Schwerpunktsatzung der Arbeit als Resultat einer Analyse der Bedeutung und Perspektive der Bewegung
- Gewaltfrage
- über den Begriff des "Betroffenen" hinausgehenden Überlegungen zur sozialen Trägerschaft der Hausbesetzungen
- Konkretisierung und Beantwortung der Fragestellung : Wie kann, darf, muß und soll die AL mit einer "autonomen" Bewegung umgehen.

Eine derartige Bestimmung ist nie erfolgt. Daß wir trotzdem teilweise aktiv geworden sind, kann nicht ganz zu Unrecht als "spontanistischer Opportunismus" bezeichnet werden.

b. Es gibt allerdings auch Gründe^d für dieses Verhalten .

Eine Bestimmung von Positionen in der Instandbesetzerbewegung nach eigenen definierten Zielen hätte nur über die Stärkung einzelner Fraktionen innerhalb des Berliner Besetzerates (bzw. der bezirklichen Besetzeräte) funktionieren können. Dies hätte zum einen in sich die Gefahr geborgen, Katalysator oder Verstärker von Spaltungsprozessen zu sein. Zum anderen wäre uns jegliche direkte Einflußnahme auf die jeweils gegnerische Fraktion verbaut worden. Konkret hätte man sich bisher ja zur unbedingten Forderung nach Freilassung aller Inhaftierten, zur Frage nach Verhandlungen (ob überhaupt) und zur "Gewaltfrage" mit allen möglichen Konsequenzen verhalten müssen.

- c. Die AL ist dem bisher deshalb ausgewichen, weil sie u.a. selbst der Bewegung gar nicht homogen (in vieler Hinsicht) gegenüberstehen kann. Zu einem Teil spiegelt also die AL auch die Gegensätze innerhalb der Bewegung, und die zwischen der Bewegung und der mit ihr sympathisierenden Öffentlichkeit wider. (Dies ist auch erst die entscheidene Voraussetzung dafür, daß die AL in einem begrenzten Maße eine Vermittlerrolle ("Drehachse", intermediäre Kultur) einnehmen kann).

Das Beziehen klarer Positionen würde also nicht nur eine inhaltliche Kontroverse in der AL zur Voraussetzung haben, sondern auch gleichzeitig ihren potentiellen Spielraum innerhalb der Bewegung und gegenüber der Öffentlichkeit einschränken.

- d. Zu starken Auseinandersetzungen in der AL würde es sicherlich in zwei Fragen kommen. Die Konkretisierung des alternativen Dogmas "die Betroffenen entscheiden über ihre Widerstandsformen selbst" für den politischen Alltagsgebrauch, läßt nach unterschiedlichen Politikverständnissen unterschiedliche Deutungen zu.

- Was heißt "Selbstbestimmung" für eine sich autonom nennende Bewegung, und was heißt dies in dem Zusammenhang für die AL? (konkrete Frage: Darf die AL gegen den Willen der Besetzer zu einer Unterstützerdemonstra-

tion mobilisieren?)

- Dürfen von uns die "selbstgewählten Widerstandsformen" unabhängig von den Interessen der sie Betreffenden beurteilt werden? Inwieweit sind wir selbst Betroffene ? (konkrete Frage : Mit welchem Recht darf von uns die Eskalation einer friedlichen Demo zu einer militanten Auseinandersetzung gebremst werden?)

These :

Eine Auseinandersetzung in der AL u.a. um die Schlachtung von "heiligen (Begriffs-) Kühen" erscheint mir notwendig und unvermeidbar, will die AL einen entscheidenden Beitrag zu einer umfassenden Entwicklung linker Politik in dieser Stadt leisten. Die Auseinandersetzung muß an oben genannten Punkten geführt werden.

IV . Zukünftige Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten

Eine wichtige Aufgabe der AL ist es zunächst , über folgende Punkte zu diskutieren :

- a. Die AL betrachtet sich als eine stark relevante, von der Hausbesetzerbewegung unabhängige linke Kraft in dieser Stadt, deren politischer Beitrag in Zukunft in einem angemessenen Maße zu ihrer Verantwortung gegenüber allen demokratischen Menschen stehen muß.
- b. Die AL ist verpflichtet, endlich einmal über die Entwicklung der nächsten Tage hinauszusehen , und eine Strategie zu entwickeln, die auch auf die negativsten Ablaufmöglichkeiten immer noch Einfluß nehmen kann.
- c. Die AL muß erkennen, daß ihre politische Kraft allein nicht ausreicht, um in den zukünftigen Prozeß der Diskussion innerhalb der Hausbesetzerbewegung in demokratischer Art und Weise alle Argumente für den von ihr gewählten politischen Weg miteinzubringen. Die AL ist deshalb verpflichtet, in der gesamten Linken (zusammen mit der Bewegung) eine Kontroverse über die Zukunft dieser, und anderer Bewegungen (Anti-AKW, Ökologie- und Friedens-

bewegung in Gang zu bringen.

Allgemeinere Aufgabenstellung :

- d. Es muß alles getan werden, um für die Zukunft eine Flexibilität dieses Systems durch Pflastersteine beizubehalten. Gelingt dies nicht, ist eine weitere Ursache für die Eskalation von Gewalt gegeben.
- e. Die andauernde Eskalation von Gewalt muß verhindert werden. Deshalb erwächst vor allem für den parlamentarischen Raum die Notwendigkeit folgende staatliche Maßnahmen argumentativ anzugreifen (und damit eventuell zu stoppen) :
- die immer zuerst stattfindenden Angriffe auf die für die Bewegung symbolkräftigen Häuser
 - Der Einsatz von Zivilpolizisten (15-20% der eingesetzten Polizei), der Aktivisten in die Kleingruppenaktion treibt.
 - die zunehmende personelle Verstärkung der Polizei bei Demonstrationen
 - eine technische Aufrüstung der Polizei (z.B. CS-Gas)
 - die zunehmenden Angriffe auf Journalisten, Sani-Gruppen etc.
 - Einsatz von Polizei Provokateuren
 - zweideutige oder aufhetzende Sprache der politisch Verantwortlichen
- f. Es muß alles getan werden, um eine faktische Spaltung (die nicht nur Resultat der Angriffe von Etablierten und Presse zu sein braucht) der Bewegung zu verhindern. Spaltung würde vor allem die notwendige Diskussion über Ziele und Mittel der politischen Auseinandersetzung aussetzen. Gleichzeitig sollte die AL jeder "Verheizungsstrategie" der Polizei oder einzelner Gruppen in der Bewegung angemessen begegnen.
- g. Es muß alles getan werden, um eine unproduktive Beeinflussung hauptsächlich der Friedensbewegung durch eine eventuelle Zerschlagung der Hausbesetzerbewegung zu verhindern. Wenngleich der Angriff auf die Besetzer nur interpre-

tiert werden kann als ein Angriff auf alle gegen den etablierten Wahnsinn Kämpfenden, muß man z.B. der Freiheitsbewegung doch eine eigene Qualität und Perspektive zusprechen. Es muß über das Spektrum der heutigen sozialen Bewegungen auch noch nach einem vorläufigen Ende des Berliner Häuserkampfes für jeden eine Perspektive offengehalten werden, " die Phantasie gibt zu träumen, und die Mut gibt, zu kämpfen."

V. Schwäche meiner Ausführungen

Einen Hauptkritikpunkt an meiner Arbeit sehe ich darin, daß ich nur andeutungsweise die sozialen Unterschiede innerhalb der Bewegung benannt habe. Ich habe also meine Einschätzung nicht primär aus einer Analyse der sozialen Verhältnisse gewonnen. Meine Prämissen war allerdings auch, daß eine darartige Analyse für die Ebene der unmittelbar vor uns stehenden Aufgaben nicht zusätzlich fruchtbar ist.

Des weiteren ist zu betonen, daß diese meine Auffassungen in den Bereichen bisher nicht ausführlich genug diskutiert werden konnten und daß die bisher geäußerte Kritik nicht mehr in diese Arbeit mit eingeflossen ist.

Sicherlich nicht der letzte Schwachpunkt ist, daß ich es versäumt habe, zum einen eine konkretere Aufgabenbeschreibung mit festen Arbeitsschritten vorzulegen, zum anderen aber auch die Schranken politischer Durchsetzbarkeit meiner Vorstellungen nicht ausreichend genug umrissen habe.